

Offizielle
Arbeitslosigkeit im
September 2018

2.256.473

Tatsächliche
Arbeitslosigkeit im
September 2018

3.147.048*

*** Nicht berücksichtigt wurden:**

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II	170.121
Ein-Euro-Jobs	76.614
geförderte Arbeitsverhältnisse	7.098
fremd geförderte Arbeitsverhältnisse	213.766
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	15.392
berufliche Weiterbildung	149.423
Aktivierung und berufliche Eingliederung	185.110
Beschäftigungszuschuss für schwer vermittelbare Arbeitslose	2.013
Krankheit (§146 SGB III)	71.038
Nicht gezählte Arbeitslose gesamt	890.575

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland, Monatsbericht 9/2018

Bundesregierung schreibt Langzeiterwerbslose ab

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 28. September
2018

„Sinkende Erwerbslosenzahlen sind keine Rechtfertigung für Tatenlosigkeit. Zwar geht die Erwerbslosigkeit saisonbereinigt zurück, doch wer bisher schon lange erwerbslos war, profitiert von der derzeitigen konjunkturellen Hochphase nicht. Die Bundesregierung hat hunderttausende Langzeiterwerbslose einfach abgeschrieben“, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum aktuellen Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:

„Heute finden weniger Langzeiterwerbslose eine neue Stelle als noch vor wenigen Jahren. Es fehlen schlicht die passenden Arbeitsplätze. Dass die Langzeiterwerbslosigkeit dennoch leicht zurückgeht, hat zwei Gründe: Weniger Erwerbslose bleiben längerfristig ohne Arbeitsstelle, und einige Langzeiterwerbslose erreichen das Rentenalter. Von wirkungsvoller Arbeitsmarktpolitik kann hingegen keine Rede sein. Der geplante soziale Arbeitsmarkt ist nur ein zaghafter Schritt in die richtige Richtung. DIE LINKE fordert einen öffentlich geförderten

Beschäftigungssektor mit 300.000 voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Außerdem muss es ein Recht auf Weiterbildung geben, damit Erwerbslose nicht als Bittsteller dastehen. Schließlich fordern wir eine weitsichtige Arbeitsmarktpolitik, die auch die nächste Krise mitdenkt, statt mit der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags Geldgeschenke an Unternehmen zu verteilen.“